

KULTURPOLITISCHES HANDELN FÜR DEN DEMOKRATISCHEN NEUBEGINN UND DIE EINHEIT IN DEUTSCHLAND.

ASPEKTE EINES ZU VERSÖHNENDEN WIDERSPRUCHS, DENN
„WESTWÄRTS SCHWEIFT DER BLICK, OSTWÄRTS STREICHT DAS
SCHIFF“.

Des Steuermanns Lied in Richard Wagners „Tristan“ politisch gewendet, könnte als Sinnbild gelten, für die zwiespältige Situation in der demokratischen Endphase der DDR.

Das Volk der DDR befreite sich selbst von der Herrschaft der SED, von ihrem Staat und Zwangsapparat. Es schickte sich an, die „verdeckten Wunden der Gesellschaft“ offenzulegen, und die „eigentliche Erbkrankheit der sozialistischen Gesellschaft, den diktatorischen Zentralismus“ zu überwinden. Kultur sollte Ausdruck der neugewonnenen Freiheit werden (1). Doch das Ausleben der demokratischen Errungenschaften mit eigener Kraft und im eigenen Staat gelang nicht. Die marode Hinterlassenschaft der SED mit ihren unabweisbaren materiellen Zwängen im Staat, gefährdeten Freiheit und Demokratie. Der „westwärts schweifende Blick“, das mehrheitliche Votum für die rasche Herstellung der deutschen Einheit, war deshalb vernünftig, zukunftsfähig und von guter Tradition. Es gab keinen anderen Weg, Errungenschaften der „Friedlichen Revolution“ zu retten. Doch manchem „politischen Steuermann“ und Akteur des Umbruchs fiel es nicht leicht, im persönlichen Widerstreit von Gefühl und Verstand, Gewinn und Verlust, die Richtung für eine Zukunft in Würde zu bestimmen und Kurs zu halten, auf die schnelle Einigung, die einen sicheren Hafen verhieß.

1. Die „friedliche Revolution“. Der Anfang vom unvollendeten Ende

Im Herbst 1989 erzwang das Volk der DDR spontan den politischen Umbruch – auf der Straße, in Kirchen, durch den nicht enden wollenden Exodus Tausender von jungen Menschen. Das in der Öffentlichkeit gepflegte optimistische Gegenbild zur bürgerlichen Welt, die angebliche Einheit von Partei, Staat und Volk, von Geist und Macht, von stetem wirtschaftlichen Wachstum, sozialer Geborgenheit, individueller Entfaltung, zerschloss im Erleben der Krise des „real existierenden Sozialismus“, um als Lügengebilde aus Schönfärberei und inszeniertem Jubel weltöffentlich zu werden.

Dennoch war der Glaube an die Reformierbarkeit des „Sozialismus“ verbreitet, ebenso die Erwartung, in einem souveränen Staat DDR in Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität leben zu können. Der politische Wille ersetzte die fehlenden Konzepte und Programme für den demokratischen Neubeginn. Die Hoffnung, dass es aus eigener Kraft gelingen möge, einte die Aktivisten der politischen Wende, Bürgerrechtler, Künstler, Literaten, Intellektuelle mit den Hunderttausenden von Teilnehmern an den „Montagsdemonstrationen“ unter dem Motto: „*Wir sind das Volk!*“.

Dem stand die Macht des Faktischen gegenüber. Vierzig Jahre uneingeschränkte Herrschaft einer Partei, ihres Staates und Repressionsapparates, lasteten wie ein Alb auf dem Lande, im Denken und Verhalten der Menschen. Noch ging das Gespenst der Angst um, das vierzig Jahre disziplinierte. Das alte Regime hatte das Land so gründlich heruntergewirtschaftet, dass es im Chaos zu versinken drohte. Galoppierender Verfall der Volkswirtschaft und der Finanzen, soziale Unruhe, die sich in täglichen Demonstrationen vor der Volkskammer und vor dem

Haus des Ministerrates entlud, die immer schwerer zu beherrschenden Verhältnisse des Lebens, die Furcht vor einer revitalisierten Staatssicherheit und die Präsenz der mächtigen Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte im Lande, führten zu einer brisanten politischen Situation.

Sie beförderte den rasch fortschreitenden Prozess der Desillusionierung von der Reformierbarkeit dessen, was Sozialismus genannt wurde. Zugleich schwand die Zuversicht, mit politischen Wendehälsen und sich demokratisch gebärdenden Künstlern und Intellektuellen einen Neuanfang zu wagen.

Im Kontext zu den kräftiger werdenden Demokratiebewegungen in den osteuropäischen Ländern und dem Zusammenbruch von deren diktatorischen Regimes dämmerte die Gewissheit herauf von der historischen Niederlage des „realen Sozialismus“ und seiner Ideologie. Der Prozess der politischen Wende in der DDR schlägt um in eine neue Qualität der Entwicklung mit dem Ruf der Hunderttausenden auf den Demonstrationen im Lande: „*Wir sind ein Volk!*“.

Namhafte Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler trennten sich jetzt vom Hauptstrom der Entwicklung, der rasch aus den Verhältnissen der kollabierenden DDR heraus in die staatliche Einheit der Deutschen drängte. Die dünne Decke der Notgemeinschaft zwischen dem Volk und seinen Künstlern zerriss und offenbarte das neue Elend der Intellektuellen, wie Monika Maron den tiefen Abgrund zwischen ihnen und dem Volk nannte.

Die Geschichte würdigt heute zu recht den politischen und gesellschaftlichen Umbruch in der DDR als „Friedliche Revolution“. Die Manifestationen des zivilen Ungehorsams und des Zorns gegen das SED-Regime und seinen Repressionsapparat waren von einer Haltung der Besonnenheit und der Vernunft getragen, die im Ruf „Keine Gewalt“ ihren sinnträchtigen Ausdruck fand und nicht im „ca`ira“, das mit Radikalität und Vergeltung andere Umstürze in der Geschichte begleitete.

Die Überwindung des alten Regimes blieb unvollendet.

Zur Dialektik des Geschehens zählen absurde Situationen bei der Ausgestaltung der soeben gewonnenen demokratischen Freiheiten in der DDR. So verließ der letzte SED-Minister für Kultur nach dem Wahlsieg der demokratischen Kräfte im Jahr 1990 fluchtartig seinen Dienstplatz um wenige Zeit später demokratisch-sozialistisch gewendet im Auftrag der Volkskammer die Arbeit der neuen demokratisch legitimierten Leitung des Ministeriums für Kultur zu kontrollieren. Die Spätfolgen der unvollendeten Revolution machen immer noch der inneren Einheit der Deutschen in Deutschland zu schaffen. Neben anderem mehr, spricht der Umgang mit den „alten Eliten“ des SED-Regimes und die ihnen vom demokratischen Rechtsstaat zugesprochene Versorgung und soziale Absicherung nur zu oft Hohn den Opfern ihres Wirkens. Darüber hinaus entbehrt es nicht eines gewissen Zynismus, wie Klaus Schröder in einer Studie anmerkt, dass westdeutsche Steuerzahler heute die Renten von ehemaligen MfS-Bediensteten, sowie mittleren und höheren Partei- und Staatsfunktionären erwirtschaften müssen, die die Westdeutschen einst als Klassenfeinde bekämpften. Denn ein beträchtlicher Anteil der gewährten Solidarpaktmittel muss herhalten für die Finanzierung der Folgekosten von Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR (2).

2. „Wir brauchen Kultur und Kunst wie das tägliche Brot“

Die Selbstbefreiung von der Parteiherrschaft der SED, von ihrer Staatsmacht und Ideologie erfüllte die Mehrzahl der Menschen mit Stolz, gab sie ihnen doch ihre Würde als Subjekt ihres Lebens und ihrer Geschichte zurück.

Dennoch, diese Empfindungen widerstreiten mit einer tief innerlichen Verstörung in der geistigen Befindlichkeit und sozialen Psyche der Menschen. Sie rührte her vom Zusammenbruch des bisherigen Wertesystems, der Auszehrung von Lebenssinn, vom weitgehenden Verlust an

geistiger Orientierung. Die Koordinaten des persönlichen Lebens waren zerbrochen, Gefühle der Geworfenheit und Sinnleere, von Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, vor der Entwertung theoretischer und praktischer Fähigkeiten, ja eines mit Anstand gelebten Lebens, hatten das Selbstwertgefühl untergraben. Die eilige Aneignung von Leitbildern im Westen fiel schwer. Sie erschienen weithin fremd, fehlte es ihnen doch an lebensweltlicher Grundlage. Das waren schwierige geistig-mentale Bedingungen für einen Neubeginn in der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Sie machten zu dem weitgehend sprachlos, wo Verständigung zwischen den Deutschen in Ost und West notwendig wurde weil sie der inneren Einheit vorausgesetzt ist.

Es gehört zu den menschheitlichen Erfahrungen, dass Literatur und Kunst in dieser Art Bedürftigkeit von Menschen einen Lebensgrund suchte und für die Daseinsdeutung und für die Bewältigung des Lebens unentbehrlich wurde. Denn es ist die Eigenart, in der wir uns die Welt künstlerisch zu eigen machen, einen Dialog zwischen den Menschen über Sinnfragen des Lebens und Werte des menschlichen Daseins stiften zu können. In ihm findet ein alle Sinne, Herz und Verstand ansprechender Austausch statt, der uns hilft, isoliertes Dasein aufzubrechen, Entfremdungen von einander zu überwinden und zu mehr Gemeinsamkeit in einer sozial differenzierten Welt zu finden.

Literatur und Kunst, die sich den Schicksalsfragen der Menschen zuwendet, hat eine gute Tradition in Deutschland. Wir finden das nicht nur in den literarischen Werken eines Lessing, Wieland, Klopstock, Goethe und Schiller. Auch in ihren kunsttheoretischen Schriften – Lessing beispielsweise in der „Hamburgischen Dramaturgie“, Herder in den „Kritischen Wäldern“, Schiller in seinen „Briefen zur ästhetischen Erziehung des Menschen“, Goethe im „Literarischen Sansculottismus“ – reden sie einer engagierten Kunst und Literatur das Wort, ohne ihren Freiheitsanspruch aufzugeben.

Es nimmt nicht Wunder, dass die Metapher „Wir brauchen Kultur und Kunst wie das tägliche Brot“ in der Phase des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR die kulturpolitischen Akteure der jungen Demokratiebewegung als Credo einte. Dieses Bekenntnis brachte sinnträchtig die geistig-mentale Situation und ihre Not ins Bild. Ich behaupte, dieser bemerkenswerte Leitsatz war ernst zu nehmen. Nach dem schändlichen Verrat an der Utopie vom „Reich des freundlichen Menschen“ das die Kommunisten vorgaben, mit der sozialistischen Gesellschaft errichten zu wollen, taugte für Viele der Topos des humanen Menschen nur noch im Reich der Künste als geistiger Lebensgrund.

3. Zwischen Umbruch und Einheit. Kulturpolitik für den demokratischen Neubeginn

Für eine Kulturpolitik des demokratischen Neubeginns gab es weder den geistig-konzeptionellen Vorlauf, noch das ausgearbeitete Programm des Handelns, sieht man von ersten Positionsbestimmungen an den „Runden Tischen“ und im Wahlkampf zu den ersten demokratischen Wahlen am 18. März 1989 einmal ab. Die rasante, dem Kollaps entgegen treibende Entwicklung in der DDR ließ dafür weder Zeit noch Raum. Im alltäglichen Handeln, in den notwendigen Entscheidungen und den vorausgehenden Findungsprozessen musste sich Neues, Alternatives und das Maß an Kontinuität ausformen. Das Leben selbst in seiner Dramatik gab hier Handlungsrahmen und Orientierungen vor. Herausforderungen, Zwänge und Zielsetzungen des demokratischen Umbruchs in Kultur und Kunst generierten Eckpunkte einer Kulturpolitik, die auf vier Jahre Regierungszeit ausgelegt war, praktisch jedoch sich im kurzen Zeitraum von 1990 bis 1991 zu bewähren hatte.

Hervorzuheben sind hier einerseits enorme materielle Probleme der Künstlerischen Produktion und Aufführungspraxis durch die Umstellung auf die D-Mark, finanzielle Schwierigkeiten

bei der Pflege und Konservierung von Kulturgut, der Verlust von Aufträgen und die gefährdete Lebenshaltung zahlreicher Künstler durch den Wegfall der alten Fördersysteme, zwiespältige Erfahrungen mit der Kunstfreundlichkeit marktwirtschaftlicher Verhältnisse und nicht zuletzt Hoffnungen und Erwartungen der Bürger an die Erhaltung der Kulturlandschaft und des geistig-kulturelle Lebens.

Zum anderen stand die Negation dessen auf der Tagesordnung, was das Parteiregime der SED zu seiner ideologischen Legitimation und politischen Herrschaftsausübung in der Sphäre von Kultur und Kunst hervorgebracht hatte. Unverzüglich galt es den Missbrauch der Kunst für Indoktrination und Parteipropaganda zu beenden und seine Auswirkungen zu überwinden. Der Auslieferung des Kulturbetriebs an den Funktionärsapparat der politischen Verwaltungen und Verbände sollte kompromisslos und gründlich die Grundlagen entzogen werden.

Die Demokratisierung der Verhältnisse voranzutreiben verlangte des weiterten, die zentralistischen Strukturen des Systems der staatlichen Leitung und Kulturverwaltung zu entflechten und aufzulösen zugunsten einer föderal geprägten Kulturlandschaft in der Verantwortung der neuen Bundesländer. Die Aufgabe bestand insbesondere darin, die 22 tausend kulturell-künstlerischen Einrichtungen, die das Ministerium für Kultur verwaltete, nach dem Sitzland-Prinzip in die Obhut der neuen Bundesländer überzuleiten, in ausgewählten Fällen mit Dossiers versehen, über den Zustand und die Möglichkeiten künftiger Finanzierung.

Mit dem massenhaften Ruf der Demonstranten „Wir sind ein Volk!“ kündigte sich eine neue Qualität im Prozess des politischen Umbruchs in der DDR an. Diese Entwicklung war gekennzeichnet vom raschen Drängen der Menschen in die staatliche Einheit der Deutschen, um die soeben gewonnenen demokratischen Freiheiten bewahren zu können, für Rechtssicherheit, gegen die weitere Ausplünderung von Lebenszeit und praktische Verbesserung des Lebens. Kulturpolitisch verantwortliches Handeln bedeutete in dieser Situation für Verhandlungen zur Wiedervereinigung gerüstet und auf gravierende Veränderungen nach der politischen Einheit vorbereitet zu sein.

Es bestand unter den für die neue Kulturpolitik Verantwortlichen ein weitgehender Konsens darüber, auf dem Weg zur staatlichen Einheit in keiner Phase den Untergang der tradierten Kulturlandschaft betreiben zu wollen, um aus den Trümmern die Kopie des Kulturbetriebes der alten Bundesrepublik erstehen zu lassen. Eine hastig zusammengeschusterte Einheitskultur konnte nicht das Ziel von mehr geistiger und mentaler Freiheit sein. Im Blickpunkt auf die zu erwartende Einheit standen Übergangslösungen, die eine möglichst rasche Harmonisierung der Unterschiede in den Rahmenbedingungen von Kultur und Kunst gewährleisten sollten. Hier sei auf die Anpassung von unterschiedlichen Tarifsystemen des Kulturbetriebes in Ost und West, auf gänzlich anders strukturierte Fördersysteme und die Angleichung des Niveaus in den technischen Ausrüstungen des kulturell-künstlerischen Betriebes hingewiesen.

Kultur, Literatur und Kunst bedeuteten uns mehr als die schöne Zutat zum Leben, mehr als zierendes Beiwerk zum Eigentlichen und mehr als ein Luxus, von dem man auch lassen kann, wenn es an finanziellen Mitteln ermangelt. Wir waren davon überzeugt, dass Literatur, Kunst und Kultur unentbehrlich und unersetzbar sind für das geistige Wohl und Niveau der Bürger und für ihre kulturelle Identität. Die in der Geschichte gewachsene Kulturlandschaft mit ihren Einrichtungen, Bauten und Kunstwerken von nationalem und internationalem Rang galt es unbedingt zu erhalten, Schaden von ihnen abzuwenden und den Sparzwängen weitgehend zu widerstehen.

Würde es gelingen, eine Politik, die auf die Zerschlagung des kulturpolitischen Machtapparates der SED und die Überwindung seines administrativen Zentralismus gerichtet war, mit dem

alten Apparat durchzusetzen? Würde er sich gegen sich selbst formieren lassen? Oder positiv gewendet – gab es Chancen das Ministerium für Kultur zu einem Instrument des kulturpolitischen Handelns für den demokratischen Neubeginn umzuformen, leistungsstark und zuverlässig, dem Weg in die deutsche Einheit verpflichtet – und wenn ja, wo lagen sie?

Hier waren Ideologen am Werke, Parteikader mit einem klaren Feindbild im Kopf und ausgeprägt dirigistischen Arbeitsweisen und -methoden zur Durchsetzung des Indoktrinationsauftrages der SED. Sie dienten der Partei mit Hingabe, um den „neuen Menschen“ zu formen und der „sozialistischen Lebensweise“ Gestalt zu verleihen. Die Erfüllung ihrer Weisungen und Ziele bedeutete ihnen eine Angelegenheit von Herz und Verstand. Im Gegensatz zum biederen Hüter von Ruhe und Ordnung, der zu jeder Zeit und jedem Herren zu dienen vermochte und deshalb stets willkommen war, – der französische Innenminister Fouche´ steht dafür exemplarisch in der Geschichte – , wirkte hier die tiefinnerliche Überzeugung von einer historischen Mission, in deren Dienst man sich wusste und die es unbedingt zu erfüllen galt. Sollte für die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ die tägliche Begegnung am Arbeitsplatz mit der eigenen Lebenslüge optimistisch und produktiv zu wenden sein?

In den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung nach den ersten demokratischen Wahlen in der DDR fiel wider Erwarten das Ressort Kultur an die CDU. Lothar de Maiziere hatte beharrlich darauf bestanden. Die SED-Leitungsriege des Ministeriums und die Mitarbeiter hatten darauf gesetzt, dass die Sozialdemokraten in diesem Hause das Regime übernehmen würden. Wolfgang Thierse, den man als Mitarbeiter kennengelernt hatte, war wohl als Minister im Gespräch, darauf richtete man sich ein und hoffte insgeheim, der neuen Zeit mit den zu erwartenden Veränderungen unbeschadet begegnen zu können. Nun kam alles ganz anders! Ministerpräsident de Maiziere berief Herbert Schirmer als Minister, Gabriele Muschter und mich als Staatssekretäre zur Leitung des Hauses, für eine Kulturpolitik des demokratischen Neubeginns. Eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Fachleuten, Missliebige des alten Systems, stellten sich zur Unterstützung kraftvoll in den Dienst.

Die Führungskader von einst hatten nach Kenntnis der Lage fluchtartig das Feld geräumt, der Bruch mit der Vergangenheit des Hauses, die Diskontinuität der Entwicklung schien auf dieser politischen Ebene vollzogen.

Die Mehrheit der Mitarbeiter des Ministeriums verhielt sich der neuen politischen Leitung gegenüber distanziert und reagierte auf ihre Absichten und Ziele abwartend, auf Zeit setzend, andere hingegen zeigten ihre ablehnende Haltung offen oder im versteckten Widerstand, manche mit subversiven Absichten, wie sich zeigen sollte.

In den ersten spannungsgeladenen Begegnungen miteinander, nahm sich die betonte Freundlichkeit und diensteifrige Pflichterfüllung des Servicepersonals, ausnahmslos im neuen „Blaumann“ gewandet – wenngleich auffällig, so doch angenehm und hoffnungsvoll aus. Der Hoffnungsschimmer für den Beginn einer gedeihlichen Kooperation war nicht von Dauer. Nächtliche Betriebsamkeit des Hauspersonals im Umkreis des Ministeriums am Molkenmarkt blieb von der Deutschen Volkspolizei nicht unentdeckt und beförderte die eifrige Entsorgung von Asservaten zu Tage. Es handelte sich um Tonträger und Druckschriften, die der Zoll der DDR den Liebesgaben der Brüder und Schwestern aus dem Westen entnahm und beschlagnahmte und den Genossen im Ministerium für Kultur zur eigenen Verwendung anvertraute. Im Heizungskeller des Ministeriums, hinter Bergen von Kohlen versteckt, harrte dieser Restposten der von der SED angeordneten Bereinigung staatlicher Willkür seiner Tilgung im verborgenen, um einer öffentlich werdenden Schande zu entgehen. Wie sich herausstellte, handelten hier unter Leitung eines Oberst die als Putzfrauen und Hausmeister verkleideten Mitarbeiter jener im geheimen operierenden Hauptabteilung I des MfS im Kulturministerium.

Die neue Leitung des Ministeriums empfahl sich den Mitarbeitern nicht als Racheengel. Jedem Bediensteten, der guten Willens und bereit war, sich mit Kompetenz und Loyalität in den Dienst der neuen Kulturpolitik zu stellen, sollte die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt und das weitere Verbleiben im Ministerium in Aussicht gestellt werden. Vorausgesetzt waren keine Verstrickung mit dem MfS und keine Beteiligung an Willkürmaßnahmen im Bereich von Kultur und Kunst, Literatur und Film. Die „ausgestreckte Hand“ für die Zusammenarbeit in der weitgehend konfrontativen Situation bei der Übernahme des Ministeriums hat einen großen Teil der Mitarbeiter als Chance für einen persönlichen Neubeginn verstanden – und das nicht allein aus Sorge um das soziale Überleben. Ein menschlicher Umgang miteinander, den die Leitung anbot, gepaart mit sozialer Verantwortung und Verständnis in einer Phase schwerer individueller Konflikte bei Mitarbeitern, aber auch Glaubwürdigkeit und Rechtschaffenheit in der Führungsarbeit überzeugten und verfehlten ihre positive Wirkung nicht.

Rückblickend werte ich die Personalpolitik als eine der erfolgreichen Positionen in der Tätigkeit des Ministeriums in seiner demokratischen Endphase, weil es gelang, aus ehemaligen Gegnern motivierte, leistungsstarke Mitarbeiter zu gewinnen, Mitstreiter für den demokratischen Umbruch der alten Verhältnisse und für die Neugestaltung von gedeihlichen Bedingungen für Kultur und Kunst im geeinten Deutschland.

4. Die Kulturklausel. Beharren auf der kulturpolitischen Dimension der Einheit

Die Kulturlandschaften im Osten, der Reichtum des kulturellen Erbes, die hohe Wertschätzung von Kultur und Kunst als Lebensbedürfnis zahlreicher Menschen und als unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Neugestaltung der DDR per se überzeugten zunächst nicht, für die Einheit Deutschlands verhandelt zu werden. Unterschiedliche Interessen und Widerstände auf bundesdeutscher Seite standen dem entgegen. Gewiss beförderte die Vorstellung, dass der Bund die Kultur verhandeln und dabei Kompetenzen gewinnen könnte, den latenten Argwohn der alten Bundesländer, ihr letztes Refugium politischen Gestaltens, die Kulturhoheit, würde angetastet. Andererseits gelte das kulturpolitische Handeln des Bundes ohnehin nur als eine „taube Blüte“, weil ihm die grundgesetzliche Legitimation fehle. Deshalb blieb zunächst offen, wie Waldemar Ritter in „Kultur und Kulturpolitik im vereinigten Deutschland“ anmerkt, „ob auch die Kultur Eingang in den Einigungsvertrag finden sollte. Die alten Bundesländer waren zunächst nicht durchweg begeistert. Andere hielten die Erwähnung der Kultur für programmatische Lyrik.“ (4)

Kräftige Stimmen in Politik, Verwaltung und in Künstlerkreisen mahnten gar an, es gäbe keine kulturelle Substanz in der DDR, die im geeinten Deutschland aufzuheben oder gar zu fördern sei. Die Indienstnahme von Kultur und Kunst durch das SED-Regime habe die Künstler zu Interpreten der Ideologie gemacht und ihre Werke in Parteipropaganda aufgehen lassen (5). Wiederum Andere meinten, Kunst und Kultur seien zwar lustvolle Objekte des Genusses und ihre Aneignung eine Angelegenheit der persönlichen Lebenshaltung und ihres Niveaus, aber von geringer gesellschaftspolitischer Relevanz und insofern bedeutungslos als Verhandlungsgegenstand.

Versöhnlicher schien der nächste Schritt in den Überlegungen, ob und wie mit Kultur und Kunst als Verhandlungsgegenstand zu verfahren sei: Kultur sollte mit dem Sport gemeinsam verhandelt und in einem Kapitel Aufnahme in den Einigungsvertrag finden. Das Vorhaben war zwar gänzlich unangemessen, sowohl für die Kultur als auch für den Sport, bedeutete aber einen gewissen Fortschritt in die richtige Richtung. Die Entscheidung schließlich, Kultur als eigenständigen Gegenstand in die Verhandlungen zur deutschen Einheit aufnehmen zu wollen und ihr ein eigenes Kapitel im Einigungsvertrag zu widmen, entsprach endlich ihrer Bedeutung in der Gesellschaft und einem geschichtlich gewachsenen Selbstverständnis von

Kultur und Kunst. Das letztendliche Votum für die Kultur kann in seiner Tragweite nicht hoch genug eingeschätzt werden, trug es doch einem umfassenden, komplexen Verständnis von jenem Rechnung, was zusammen kommen sollte. Damit veränderte sich grundlegend der Charakter der künftigen Übereinkunft zur Einheit Deutschlands.

Inakzeptabel blieb für uns die Auffassung, dass die beiden Innenministerien sich auf diesem Feld der Verhandlung begegnen sollten, schlicht aus der Tatsache heraus, dass die Kultur in der Bundesrepublik im Bundesministerium des Innern ressortierte. Dieser formale Aspekt, der den Partner auf bundesdeutscher Seite betraf, konnte und durfte nicht für uns von der Bedeutung sein, dass die, nach der Geschäftsordnung der Regierung der DDR zuständige und mit der erforderlichen Kompetenz ausgestattete Einrichtung, das Ministerium für Kultur, aus den Verhandlungen zur Kultur herausgehalten wurde und in den Entscheidungen außen vor blieb. Die erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag fand am Sitz des Ministerpräsidenten im Alten Stadthaus in Berlin ohne Beteiligung des Ministeriums für Kultur statt, obwohl Fragen der Kultur zur Behandlung anstanden. Mein Amt als Staatssekretär verschaffte mir den Zugang zum vollbesetzten Sitzungssaal. Da kein Platz für den Vertreter des Ministeriums vorgesehen war, nahm ich mit der einzigen freien Sitzgelegenheit, die sich finden ließ, vorlieb. Gestikulierend bedeutete mir Günter Krause vom Verhandlungstisch aus, dass mit der von mir gewählten Sitzordnung etwas nicht in Ordnung sei. Aufgrund fehlender Hinweisschilder nahm ich nicht wahr, mich auf einem Platz der Berater des Bundeskanzleramtes zu befinden. Somit begann die Präsenz des Ministeriums für Kultur in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag mit einem Eklat. Wie es sich zeigen sollte, nahm der Vorfall, unwissentlich die falsche Seite gewählt zu haben, letztlich eine produktive Wendung. Zum Vortrag durch das Ministerium des Innern der DDR gelangte ein von der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik, dem Bundesinnenministerium und dem Ministerium für Kultur gemeinsam erarbeitetes und verabschiedetes Papier zu Positionen der kulturellen Einigung, mit Empfehlungen für die Verhandlungsführung. Der Sprecher der Ministerpräsidenten der Bundesrepublik, Wolfgang Clement, damaliger Chef der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen, schmetterte die zur Debatte gestellte Vorlage mit dem Bemerkten ab, er kenne das vorgetragene Dokument nicht und würde die darin vertretenen Positionen auch nicht mittragen. Da der Vertreter des Innenministeriums der DDR zum Vorgang nicht auskunftsfähig war, bat mich Günter Krause um Darlegung. Sie endete mit einem Aufsehen, weil der Vertreter der Ministerpräsidenten der alten Bundesländer erfahren musste, dass die ihm bisher unbekannt gebliebenen und für ihn nicht akzeptablen Vorschläge zur kulturellen Einheit auf bundesdeutscher Seite seit geraumer Zeit den Konsens zwischen den Kultusministern und dem Bundesinnenministerium bildeten. Die weitere Verhandlung des Tagesordnungspunktes wurde darauf hin abgesetzt und vertagt, Konsultationen und Abstimmung den befassten Gremien auf bundesdeutscher Seite dringend anempfohlen. Günter Kraus seinerseits ordnete unverzüglich die Präsenz des Ministeriums für Kultur mit Sitz und Stimme in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag, anstelle des Innenministeriums, an. Dieser Vorgang erhellte schlagartig die Kompliziertheit der Verhandlungen, auch die schwierige Situation von Wolfgang Schäuble, der nicht nur als Verhandlungsführer der Bundesregierung fungierte, sondern zugleich stets den Konsens mit den Bundesländern suchen musste und im Falle der Kultur zu dem die Übereinstimmung mit der Kultusministerkonferenz und mit den Ministerpräsidenten. Keine Sternstunde des Föderalismus.

Es muss als eine glückliche Fügung angesehen werden, dass die mit der Ausarbeitung des Artikel 35 „Kultur“ im Einigungsvertrag beauftragten Vertreter des Bundesministeriums des Innern und des Ministeriums für Kultur sich als politisch Verantwortliche und zugleich als Sachkenner begegneten, die in der streitbaren Auseinandersetzung am konkreten Gegenstand sich schließlich als Partner und Kollegen annahmen. Sie verband das gemeinsame Bemühen, ein vor der Geschichte, vor den Erwartungen der Menschen und vor den tatsächlichen Mög-

lichkeiten standhaltendes Ergebnis vorzulegen. Es war die feste Überzeugung der Beteiligten von der Einheit der deutschen Sprache und Kultur in den Jahren der politischen Teilung, von lebendig gebliebenen Beziehungen zu den Kulturräumen und den Kulturleistungen in Ostdeutschland, die Hochachtung vor dem kulturellen Erbe, vor der deutschen Klassik und ihren Erinnerungsorten und nicht zuletzt die Hoffnung in deren integrierende Kraft im geeinten Deutschland, die oft ermutigte und zu einem gemeinsamen Vertragstext befähigte. An dieser Stelle sei ausdrücklich dem inzwischen verstorbenen Ministerialdirektor von Köckritz und dem ehemaligen Staatssekretär Kroppenstedt im Bundesinnenministerium für ihre feinfühlig, sachorientierte, um Konsens bemühte Zusammenarbeit gedankt.

Mit dem Artikel 35 „Kultur“ bekräftigten die Vertrag schließenden Parteien ein umfassendes Verständnis von der Einheit im künftigen Deutschland. Wie es im Kommentar zum Einigungsvertrag heißt, „soll deutlich werden, dass neben den wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Bereichen die Herstellung der Einheit Deutschlands auch eine kulturelle Dimension hat“. Um diesem Anspruch zu genügen, mussten konkrete Regelungen zur Sicherung der kulturellen Einrichtungen und des kulturellen Lebens in Ostdeutschland getroffen werden. Die in 40 Jahren des SED-Regimes zum Lobe der Partei und ihrer Ideologie hervorgebrachten Erscheinungen in Kultur und Kunst waren einvernehmlich nicht als schützenswert und förderungswürdig verhandelbar. Der Kommentar führt dazu verblüffend allgemein aus, dass „nicht alle künstlerischen Aktivitäten in dem beitretenden Gebiet ... in der bisherigen Form weitergeführt werden“ können. Die kulturelle Substanz soll jedoch bewahrt bleiben.“ Was unter „kultureller Substanz“ zu verstehen sei, blieb zunächst undefiniert. Dahinter stand die erklärte Absicht, die Bürger selbst in einem demokratischen Klärungsprozess darüber entscheiden zu lassen, was ihnen kulturell unentbehrlich und unersetzbar bedeutete. In einer realistischen Sicht auf die Situation in der DDR erwarteten die Vertrag schließenden Parteien übergangsweise einen erhöhten Finanzierungsbedarf zur Bewahrung und zum Ausbau seiner kulturellen Infrastruktur. Der Artikel 35 schließt deshalb mit der rechtlichen Handhabe für den Bund, in einem begrenzten Zeitraum hierzu finanzielle Hilfe zu leisten.

Bemerkenswert nimmt sich im Einigungsvertrag das Faktum aus, dass einzig der Artikel 35 „Kultur“ mit einer Erklärung eröffnet wird, der sogenannten Kulturklausel.

Die beiden Verhandlungsführer für den Bereich Kultur hatten darauf bestanden und sich die Formulierung vorbehalten.

„In den Jahren der Teilung waren Kultur und Kunst – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der Nation. Sie leisten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Wege zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschland in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab...“ (6).

Die exklusive Gestaltung des Artikels 35 „Kultur“ liegt in der Tatsache begründet, dass der Einigungsvertrag sich ausschließlich an dieser Stelle mit den Folgen der Teilung in der geistigen Welt der Menschen, in ihren Denkweisen und Empfindungen, in ihrer Subjektivität zuwendet und Wege für ihre Überwindung aufweist.

5. Hoffnung aus der Geschichte. Erben für die Einheit

Die „Kulturklausel“ ist Ausdruck einer geteilten Nation mit gegenläufiger gesellschaftlicher Entwicklung. Aus Erfahrungen der Vergangenheit im Umgang mit Kultur und Kunst wuchs jedoch Hoffnung für die Gegenwart, dass die innere Einheit in Deutschland gelingen möge. Doch in ihrer formelhaften Einfachheit ist die „Kulturklausel“ verführerisch für weitschweifige Auslegungen. So bedarf es beispielsweise ihrer Deutung für ein tiefer gehendes Verständ-

nis jener sich auf sie berufenen Praxis des Förderns und Bewahrens von Kunst und Kultur durch den Bund, die mit Schlagworten wie „kulturelle Substanz“, „Leuchttürme“ oder „finanzierte Bedenkzeit“ apostrophiert wurde. Dahinter steht eine von den Verhandlungspartnern zur Förderung der inneren Einheit favorisierte Kulturauffassung, die sich nicht aus der begrifflichen Allgemeinheit von „Kultur und Kunst“ erschließt. Welche Kultur und Kunst ist im kulturpolitischen Kalkül gemeint und worin besteht ihre angenommene Wirkmächtigkeit, Probleme der geistigen Integration im geeinten Deutschland überwinden zu helfen?

Gab es einen „gemeinsamen kulturellen Nenner“, auf dem sich Deutsche in Ost und West wiederfanden? Wo sollte man ansetzen? Bis zu welchem Punkt im geistig-kulturellen Leben der Nation musste zurückgegangen werden, wo es als das Gemeinsame akzeptiert und angenommen wurde?

Orientierung gab hier zunächst die Existenz und die Tätigkeit von traditionsreichen Literatur- und Sprachgesellschaften und deren gesamtdeutsche Projekte, die quasi als „geistiger Kitt“ der geteilten Nation wirkten. Die Literaturwissenschaftlerin Ingeborg Cleve merkt dazu mit Blick auf die „Schiller-Nationalausgabe“ an, dass diese Edition ähnlich wie die Goethesellschaft als literarische Vereinigung, die Zeit der Teilung Deutschlands als gemeinsames Projekt des Deutschen Literaturarchivs/Schiller-Nationalmuseum Marbach und der nationalen Forschungs- und Gedenkstätten Weimar ungeteilt überstanden hatten. Ingeborg Cleve erweitert ihre Einschätzung mit dem Hinweis darauf, dass Weimar auch in den siebziger und achtziger Jahren ein Medium der deutsch-deutschen Verständigung im geteilten Land gewesen wäre und insofern eine wesentliche Leistung zur Fortexistenz der politischen und kulturellen Identität der gespaltenen Nation erbracht hätte.

In Hinsicht auf unsere Fragestellung kommt des Weiteren der Beobachtung des Weimarer Literaturwissenschaftlers Lothar Ehrlich von einem verbreiteten Phänomen im Kulturverhalten von DDR-Bürgern Bedeutung und eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Brisanz zu. Er stellt fest, dass trotz der staatlichen Teilung am Ende das kulturelle Gedächtnis der DDR-Bürger stärker der bürgerlich deutschen Nation und ihrem kulturellen Erbe verpflichtet blieb und es wohl nicht gelungen sei, Identität und Legitimität einer sozialistischen deutschen Nation im individuellen Bewusstsein derart zu befestigen, dass dies die Existenz des Staates entscheidend befestigt hätte. In unserem Zusammenhang fragt Ehrlich weiter, in wie weit der Erinnerungsort „Weimarer Klassik“ auf Politik und Gesellschaft zurückwirkte, in dem die in ihm gespeicherten Botschaften persönlicher Autonomie, Verantwortung und national-kultureller Identität zusammen mit der durch ihn getragenen Verständigungsprozessen entlang der gesellschaftlichen Spannungslinien mindestens indirekt die Bewusstwerdung und Selbstermächtigung jener stützen konnten, welche die „Wende“ im Sinne einer Befreiung der Gesellschaft aus der Umklammerung von Parteiherrschaft und Staatssicherheit forderten und mittrugen (7).

Die hier im Kulturverhalten festzustellende Tendenz eines im Erbe und in der Tradition begründeten Umgangs und Gebrauchs von Literatur und Kunst ist nicht allein der DDR eigentümlich. Wie empirische Untersuchungen ausweisen, hat die staatliche Teilung Deutschlands eine im besten Sinne des Wortes konservative Kulturauffassung unangetastet belassen, die traditionellen kulturellen Interessen und Bedürfnissen folgt. Diese Auffassung von Kultur und Kunst und ihrer Bedeutung im persönlichen Leben, wie in ihrer Wertigkeit für die Gesellschaft, ist in Ost und West fast deckungsgleich. Eine im Auftrage des Bundesministeriums des Innern erstellte INFAS-Studie zum Kulturverhalten kommt zu dem Ergebnis, dass beide Teile Deutschlands für sich reklamierten, eine Kulturlandschaft entwickelt zu haben, die einem traditionellen Modell folge. Diese Kulturlandschaft prägen vor allem die Theater, die Opernhäuser, Museen, Bibliotheken und die großen Galerien. Die Studie fand ferner heraus, dass sogar derjenige Bürger, der selbst so gut wie nie ein Konzerthaus oder Theater besucht, sich mit

Vehemenz für den Erhalt derselben ausspricht, weil sie für ihn Ausdruck von Seriosität, Bedeutsamkeit und Dauer sind.

In dieser, der Tradition verpflichteten Kulturauffassung verkörpern die altherwürdigen Institutionen des kulturellen Lebens, der Aufführungspraxis und der Vermittlung von Kunst jenen Anspruch, der als „kulturelle Substanz“ auf den Begriff zu bringen war.

Fasst man die verstreuten, partiellen Antworten auf unsere Fragestellung zusammen, erschließt sich näherungsweise das Bild von einer kräftigen Strömung kulturellen Traditionen verpflichteten Verhaltens, die Ost und West miteinander verbindet und in den Jahren der Teilung die fortbestehende Einheit der Nation begründet. Dieses kulturelle Verhalten lebt aus der hohen Wertschätzung des Erbes von Literatur und Kunst, der Botschaften der deutschen Klassik und aus einem aktiven Umgang mit den traditionellen kulturellen Einrichtungen.

Hier setzten die Intentionen der Verhandlungspartner im Einigungsvertrag an, wenn sie Kunst und Kultur als eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation reklamierten. Wir waren überzeugt, dass jenes, in das geeinte Deutschland zurückkehrende kulturelle Erbe Anteil haben würde, dominierende Probleme geistiger Integration im Vereinigungsprozess zu lösen. Deshalb sollte wieder zusammenkommen, was durch Sprache, Geschichte und Kultur zusammengehörte.

6. Paragraphen in der Bewährung: Geordnet in die Einheit – Gerüstet für die Zukunft?

Mit dem Tag der deutschen Einheit drohte der Zusammenbruch des Kulturbetriebes in der ehemaligen DDR, der durch die kulturpolitische Strategie eines „finanzierten Zeitgewinns“ abgewendet werden konnte. Die Träger und Betreiber des alten Kulturbetriebes, die Staatsmacht selbst und ihre Gliederungen, das Ministerium für Kultur, die Volksarmee, Wirtschaftsbetriebe, politische Parteien und sogenannte Massenorganisationen, zerbrachen und versanken mit dem Untergang der DDR. Schlagartig hörte das in vierzig Jahren aufgebaute Subventionierungs-, Förder- und gewiss auch Wohlverhalten gratifizierende System in Kultur und Kunst auf zu existieren, für das jährlich ungefähr 2,3 Milliarden Mark aufgebracht wurden. Jeder Künstler kannte sich in diesem System aus. Man wusste, wo der Finanztopf stand und was als Gegenleistung erwartet wurde. Das System alimentierte seine Künstler und Kulturschaffenden nicht uneigennützig. Wer den Abschluss einer künstlerischen Hoch- oder Fachschule erreichte, konnte damit rechnen, dass der Staat ihn ein Leben lang als Künstler unterhielt. Sich nicht zu verkaufen, etwas Sinnvolles abzuliefern und sein Leben zu machen, war damit jeder künstlerischen Arbeit in der DDR als moralische Herausforderung unterlegt. Die Mehrzahl der fünfzehntausend freischaffenden Künstler der untergegangenen DDR wurde nun im geeinten Deutschland frei in ihrer Kunstausübung, frei vom Indoktrinationsauftrag der SED, aber zunächst auch frei von gestalterischen Aufträgen und von Existenzmitteln für die Lebenshaltung. Oft fanden sie sich nicht einmal im Status eines Arbeitslosen wieder, sondern waren gleich zum Empfänger von Sozialhilfe herabgewürdigt. Eine unerträgliche Last auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges. Der freischaffende Künstler in den neuen Bundesländern durfte nicht als Verlierer aus der Einheit hervorgehen (8).

Wir wissen heute, dass die Rahmenbedingungen für Kultur und Kunst in der DDR von geborgtem Glanze waren. Die jährlich ausgereichten Milliarden vermochten lediglich den Kulturbetrieb aufrechtzuerhalten. Der immer dringlicher werdende Investitions- und Modernisierungsbedarf konnte immer weniger oder gar nicht abgedeckt werden. Noch in der Modrow-Zeit fanden Gutachter des Ministeriums für Kultur heraus, dass im gerühmten „Leseland DDR“ das Bibliothekswesen technisch vor dem Zusammenbruch stand und Kunstwerke, außenpolitischer Vorzeigewecke wegen, konservatorisch kaum noch zu retten waren. Bedrü-

ckende Altlasten der SED-Kulturpolitik, die im Verbund mit Umstellungsschwierigkeiten bei der Wirtschafts- und Währungsunion zu ersten Erscheinungen des Zusammenbruchs im Kulturbetrieb führten. Noch im Monat der Einheit, im Oktober 1990, meldeten 26 Theater in den neuen Bundesländern die Einstellung der Spieltätigkeit an, weil 10 Millionen DM bis zum Ende des Jahres fehlten.

Gestiegene Fixkosten, wachsende Personalausgaben, unabwendbare Reparatur- und Sicherungsleistungen führten dazu, dass die etatisierten Finanzmittel nicht mehr ausreichten. Hier war der Kulturstaat geeintes Deutschland herausgefordert, hier musste umgehend gehandelt werden. In einer „Feuerwehraktion“ stellte die Bundesregierung auf unbürokratische Weise für den Zeitraum bis zum Jahresende 1990 rund 15 Millionen DM für die elementare Absicherung des Kulturbetriebes zur Verfügung. Die für 1991 vom Bund zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 600 Millionen DM für die Erhaltung von „kultureller Substanz“, 300 Millionen DM für kommunale kulturelle Infrastruktur, 220 Millionen DM für die Denkmalpflege und 18 Millionen DM zur Minderung von kulturellen Teilungsfolgen, konturieren die Strategie des „finanziellen Zeitgewinns“ für den Neuanfang. Hier ist durch das rasche pragmatische Handeln der Bundesregierung der Artikel 35 „Kultur“ des Einigungsvertrages mit Leben erfüllt worden.

Ich hebe dies hervor, weil kulturpolitische Apokalyptiker lautstark und medien-wirksam mit dem Tag der deutschen Einheit den Untergang der Kulturlandschaft im Osten behaupteten. Mit klassenkämpferischer Pose wurde das Wort vom „Kulturkahlschlag“ beschworen, um die Einheit zu verteufeln. Manch einer von ihnen denunzierte den Artikel 35 „Kultur“ damit, dass er unverbindlich formuliert sei und argwöhnte, es ermangele ihm am politischen Willen zum Handeln. Seine Präambel taugte lediglich als ein Schnörkel in politischen Sonntagsreden. Hier waren Kräfte aus den ehemaligen Funktionärsetagen am Werke, die aus den Ängsten der Künstler politisches Kapital zu schlagen hofften. Frühzeitig begannen sie mit der Verklärung des alten Regimes und ihres eigenen Wirkens und trachteten danach, in einer Art von Trauer- und Leidensgemeinschaft zutiefst verunsicherter Künstler und Literaten politisch überwintern zu können.

Doch das durchsichtige Manöver der ehemaligen Parteikader in Kultur und Kunst bildete nur die eine Seite des Versuchs, auf die Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik für einen Kulturartikel im Einigungsvertrag und schließlich auf seine kulturpolitische Umsetzung kräftig Einfluss nehmen zu wollen. Es existierte eine „doppelte Front“, die von jenen in Politik, Verwaltung und von Künstlerkreisen der alten Bundesrepublik eröffnet wurde, die davon überzeugt waren, dass Kultur und Kunst gänzlich im Staatsauftrag der DDR und in den Indoktrinationsabsichten der SED aufgegangen sind. Von diesem Verständnis her, einer dem Machtanspruch der Kommunisten erlegenen Kultur, hegten sie tiefe Zweifel an der Existenz einer wie auch immer interpretierten kulturellen Substanz, die es im geeinten Deutschland zu bewahren, zu schützen oder gar zu fördern galt. Der kulturpolitischen Strategie des „finanzierten Zeitgewinns“ für den Neuanfang von Kultur und Kunst im Beitrittsgebiet, die das Sonderprogramm der Bundesregierung intendierte, standen sie verständnislos und ablehnend gegenüber.

Mit mehr als 1 Milliarde DM zusätzlich bereitgestellter Finanzierungsmittel für den Erhalt von „kultureller Substanz“ und von Soziokultur in den Städten und Gemeinden hatte sich der Kulturstaat geeintes Deutschland in die Pflicht genommen. Im Ergebnis konnten wir im Sommer 1991 konstatieren, dass alle Einrichtungen der Kunst und Kultur von nationalem und internationalem Rang materiell aufgefangen und vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden. Es war der Mut gewachsen, langfristige künstlerische Produktionen aufzunehmen, aus der Erfahrung und dem Vertrauen heraus, dass die neuen Bundesländer und der Bund für die Pflichten, die ihnen aus der Kulturklausel des Einigungsvertrages erwachsen, einstehen.

Literatur:

1. de Maiziere, Lothar: „Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere, abgegeben vor der Volkskammer der DDR am 19. April 1990.“ KAS, Archiv f. Christlich-Demokratische Politik, S. 1-6
2. Schröder, Klaus: „Ostdeutschland. 20 Jahre nach dem Mauerfall-eine Wohlstandsbilanz. Gutachten für die Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM)“, 2009, S. 15
3. Hoff, Christiane: „Über das Ende de Kulturministeriums und den Anfang einer neuen Kulturpolitik. Gespräch mit Udo Bartsch, Staatssekretär a.D.“ Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung. Kultur in Deutschlands Osten, Nr. 32 (1992) S. 164-188
4. Ritter, Waldemar: „Kultur und Kulturpolitik im vereinten Deutschland.“ Bonn, Berlin, S. 57
5. Baselitz, Georg: „Es gibt für Bilder keine Regeln. Es gibt höchstens Akademien, wo gelehrt wird, wie man Talent ausbeutet.“ Art, Nr.6, Juni 1990
6. Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen, Bonn 1991
7. Ehrlich, Lothar, Mai, Gunther und Ingeborg Cleve: „Weimarer Klassik in der Ära Honecker.“ Sonderdruck, Böhlau Verl.: Köln, Weimar, Wien, 2001.
8. Bartsch, Udo: „Blick zurück nach vorn. Erfahrungen, Enttäuschungen, Hoffnungen“. In: Hermann Glaser. Was bleibt – Was wird. Der kulturelle Umbruch in den neuen Bundesländern, InterNationes, 1994. S. 27-35

Vita:

Dr. phil. Udo Bartsch, geb. 1942 in Waldenburg/Schlesien, 18 Monate politische Haft in der DDR, Fernstudium Kultur- und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin; Promotion in Ästhetik; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften; Kulturpolitischer Sprecher der CDU unter Lothar de Maiziere; Staatssekretär im Kulturministerium und Beauftragter für die Verhandlung von Kultur und Kunst zum Einigungsvertrag; Regierungsberatung in Chile; verschiedene Verwendungen im Bundesministerium des Innern, zuletzt als Leiter der Dependance Berlin der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, Veröffentlichungen zur Kulturpolitik des demokratischen Umbruchs in der DDR und zur inneren Einheit in Deutschland.